

Die Führung der Sozialdemokratie hat auf die von uns aufgeworfenen Lebensfragen negativ geantwortet. Es wurde deutlich, wie tief die rechten sozialdemokratischen Führer in die Schlingen der Gemeinsamkeit mit dem Monopolkapital und der CDU/CSU verstrickt sind. Sie taten alles, um der westdeutschen Großbourgeoisie zu beweisen, daß sie fähig seien, die Geschäfte des Monopolkapitals zu besorgen, und besser als die CDU/CSU geeignet seien, in die DDR einzudringen. Statt eines sachlichen Austausches von Argumenten und Schritten im Interesse des Volkes versuchte die Führungsspitze der Sozialdemokratischen Partei, unter dem Motto eines „Schlagabtausches“ eine nationalistisch-revanchistische Kampagne gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Deutsche Demokratische Republik einzuleiten und dabei sogar die CDU/CSU rechts zu überholen. Sie stimmte dem Handschellengesetz zu, das von der CDU/CSU gemeinsam mit sozialdemokratischen Führern in der Absicht ausgearbeitet wurde, jede Möglichkeit des Dialogs zu blockieren.

In ihren Antwortbriefen, in den Beschlüssen des Dortmunder Parteitagés und in weiteren Stellungnahmen hat die Führung der Sozialdemokratie ein Bekenntnis zur bankrotten CDU/CSU-Politik der Revanche, der Alleinvertretungsanmaßung und des „Grauen Planes“ zur Ausplünderung der DDR abgelegt. Sie hat sich für die Ausdehnung der Herrschaft des Monopolkapitals auf ganz Deutschland ausgesprochen.

Die Führung der Sozialdemokratie, die an diesen aggressiven Plänen aktiv mitgearbeitet hat, verschwieg vor den Delegierten des Dortmunder Parteitagés 1966 die Wahrheit über die Pläne der westdeutschen Imperialisten gegen die Deutsche Demokratische Republik und das sozialistische Lager. Sie verschwieg die ungeheuerlichen Bestimmungen der Notstandsgesetzgebung, den Inhalt der „Vorwärtsstrategie“ und des „Grauen Planes“ zur Ausräubung der Deutschen Demokratischen Republik. Der Dortmunder Parteitag der Sozialdemokratischen Partei ließ sich von den Vertretern der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU auf den verhängnisvollen Weg bringen, der durch Bejahung der Notstandsgesetzgebung, der Revanchepolitik, der atomaren „Mitbestimmung“ gekennzeichnet ist.

Im Bunkermanöver „Fallex 66“ haben die rechten Führer der Sozialdemokratie die in Dortmund beschlossene Linie praktiziert. Gemeinsam mit der CDU/CSU wurde das Modell einer antigewerkschaftlichen Koalition und ihrer aggressiven, vor allem gegen die DDR gerichteten Politik manövermäßig erprobt.

Nachdem sich die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei auf